

Sehr geehrte Herren,

mit Interesse habe ich das Interview mit Ihnen im Weser Kurier vom 19.12.2013 gelesen  
[http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2\\_artikel,-Rechte-Motive-nachweisen-\\_arid,738075.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel,-Rechte-Motive-nachweisen-_arid,738075.html)

Einige Fragen und Bitten dazu

Sie schreiben, dass sie bis zurück in die 80er Jahre die nicht aufgeklärten 88 der insgesamt 2612 Fälle versuchter oder vollendeter Tötung in Bremen einer nochmaligen Prüfung unterziehen, ob bei diesen Gewalt eine Rolle gespielt hat, die rechts motiviert gewesen sein könnte.

1.

Dazu geben sie an, sie würden auf der Grundlage: „Bundesweit **definierter fester Kriterien**, die über die Bundesinnenministerkonferenz abgestimmt sind“ und in denen festgelegt ist „was als **rechts motivierte Gewalt** gilt.“ ermitteln.

Trotz einer Internetsuche konnte ich keine Definition der IMK zu dem finden, was sie mit „rechts motivierte Gewalt“ meinen könnten.

- Können Sie mir mitteilen, wo ich die diesbezüglichen IMK Kriterien und Definitionen finde?
- Wer hat an der Erarbeitung dieser Kriterien teilgenommen?
- sind diese Kriterien in der Forschung zu rechter Gewalt anerkannt?

2.

Da Ihnen die Rückschau auf die 2612 Fälle versuchter oder vollendeter Tötung seit den 80er Jahren vorliegt, so entnehme ich das jedenfalls dem Interview, würde ich gerne wissen,

- wie viele dieser Taten hatten einen Hintergrund der sexualisierten Gewalt?
- wie viele von diesen Taten galten Sexarbeiter\_innen?

3.

Ich entnehme Ihren Ausführungen, dass sie bei Ihren Ermittlungen sachlichen Kriterien folgen und die Beweiskraft von Ermittlungsergebnissen in den Mittelpunkt stellen. Auch wenn die Ergebnisse gelegentlich nicht befriedigend seien, so ihre Aussage, könne es polizeilich nicht um Einschätzungen gehen, sondern um Fakten und Zeugenaussagen über die richterlich zu werten und zu urteilen sei. Ich gehe davon aus, dass diese Feststellungen für alle Ermittlungsbereiche massgeblich sind. Daher meine Fragen:

- meinen sie im Zusammenhang mit rechts motivierten Gewalttaten, dass auf verfügbare Aussagen von Zeug\_innen verzichtet werden sollte, sofern diese Zeug\_innen durch die Vernehmung einer hohen psychischen Belastung ausgesetzt sein könnten. Wird das Kriterium „psychische Belastung“ bei den Ermittlungen zu Tötungsdelikten durchgängig berücksichtigt?
- denken sie, dass Aussagen der von nicht vollendeten Tötungsdelikten Betroffene im Strafprozess wegen der Gefahr einer zusätzlichen Traumatisierung ausgeschlossen werden sollten?
- Handelt es sich bei Aussagen eines Beamten des K 44 Bremen am 7.12.13, „um Zwangsprostitution würde es sich handeln, wenn der Prostitution aus einer Situation wirtschaftlicher Notwendigkeit nachgegangen wird“ (<http://bremersex.de/homebb/index.php?page=Thread&threadID=21792>) um
  - eine persönliche Einschätzung?
  - belegte Fakten?
  - eine in der Kriminologie und den Rechtswissenschaften gültige Definition?
  - Amtsmeinung die schriftlich fixiert und handlungsleitend im Sinne einer Richtlinie ist?
  - richterliche Entscheidung?
- erfolgen Ihrerseits Ermittlungen bei Sexarbeitenden zu deren sozioökonomischer Situation, um Beweise zu sichern und Fakten zu erheben, dass diese aus ökonomischer Notwendigkeit der Sexarbeit nachgehen?
- Was ist, um der Gefahr von Einschätzungen zu entgehen, in diesem Zusammenhang „ökonomische Notwendigkeit“?
- Wie hoch ist die Zahl der Sexarbeitenden in Bremen, die aufgrund eines unzweideutigen Begriffes der „ökonomischen Notwendigkeit“ von Ihnen als Zwangsprostituierte faktenbasiert und gerichtlichen Anforderungen an die Beweiskraft genügend, benannt werden können?
- Ist es zulässig, dass auf der Grundlage Ihrer Erkenntnisse davon gesprochen werden kann, dass der überwiegende Teil von Sexarbeiter\_innen in Bremen oder bundesweit, zwangsprostituiert ist?
- Gilt die Aussage der Polizei Augsburg und des Landeskriminalamtes Niedersachsen, das 90 % oder mehr Menschen, die der Sexarbeit nachgehen, zwangsprostituiert ist?
- Handelt es sich bei diesen Aussage um Fakten?

- Könnte es sich auch um falsche Verdächtigungen handeln, (StGB 164 (1) Wer einen anderen *bei einer Behörde ... oder öffentlich* wider besseres Wissen ... in der Absicht verdächtigt, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen oder fort dauern zu lassen, wird ... bestraft.)
- Könnte dabei strafrechtlich die Drohung mit einem empfindlichen Übel gegen Sexarbeiterinnen bedeutsam sein, die ja ob ihrer Klassifizierung als Zwangsprostituierte spätestens dann ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verlieren, wenn Kunden sich strafbar machen, indem sie sie aufsuchen und bereits jetzt für diesen Fall sexuelle Nötigung vorliegt?
- Sind in diesem Fall nicht migrierte Sexarbeiterinnen in einer Situation der Hilflosigkeit in einem fremden Land, da sie zwar zu Zwangsprostituierten klassifiziert werden, sie darüber aber nicht in einer ihnen verständlichen Sprache von Beginn des Klassifizierungsprozesses an, der sie zu Opfern von Straftaten machen würde, informiert worden sind?
- Liegt in diesem Fall ein amtlicher Verstoss gegen das Verbot der Ausnutzung der Hilflosigkeit aufgrund des Aufenthaltes in einem fremden Land zu Lasten der in der Sexarbeit tätigen Migrierten vor, also eine Straftat nach § 232 StGB?
- Handelt es sich dabei dann um Straftaten im Amt?

Vielen Dank für ihre Antwort

Danke auch Herr Polizeipräsident Müller für Ihre Feststellung

"Wir sind eine offene und selbstkritische Polizei." (WK v. 17.12.2013, S.11)

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Fricke für

„Haus9“

SIB -

Ne-Ro-In,

[www.sexworker.at](http://www.sexworker.at)

Vermietung von Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen.

Sexwork-Info-Bremen, [SIB-SWinfoBremen@gmx.de](mailto:SIB-SWinfoBremen@gmx.de)

**Rețea** a schimbului de informații în limbile română și germană pentru persoane și părți terțe implicate în industria sexului

**Netzwerk** zum Austausch von Informationen in Rumänisch und Deutsch für Menschen und Drittparteien in der Sexarbeit

Sexworker Forum - Netzwerk und Forum für gegenseitige Hilfe und Aufklärung seit 2005, registriert als internationale NGO mit Sitz in Wien, akkreditiert als Verfasserin von [Schattenberichten](#) zur Lage von Sexworkern in Ländern in Zentraleuropa an UN'OHCHR Genf seit 2010 - [www.sexworker.at](http://www.sexworker.at)

Diese Mail wurde weitergeleitet an

Weser Kurier Bremen

[mail-imk@bundesrat.de](mailto:mail-imk@bundesrat.de)

[www.sexworker.at](http://www.sexworker.at)

[www.sexwork-deutschland.de](http://www.sexwork-deutschland.de)

Veröffentlichung auch von Auszügen nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Verfasser,

Kontakt: [SIB-SWinfoBremen@gmx.de](mailto:SIB-SWinfoBremen@gmx.de)

Anhang:

Weser Kurier vom 19.12.2013, Seite 9 - **Auszüge**

## „Wir müssen rechte Motive nachweisen“

**Kripo-Chef Andreas Weber und Thomas Renken vom Staatsschutz über den Umgang mit politischen Gewalttaten**

Sara Sundermann hat mit Andreas Weber, Chef der Bremer Kriminalpolizei, und mit Thomas Renken, Leiter der Abteilung Staatsschutz, über Schwierigkeiten im Umgang mit rechter Gewalt gesprochen.

### Was macht es so schwierig, eine ... Tat als rechts motiviert einzustufen?

Andreas Weber: Ermittler müssen – egal ob in Hannover oder in Bremen – **nachweisen** können, dass die Täter aufgrund einer **rechten Motivation** gehandelt haben. Wir können uns **nicht auf Einschätzungen verlassen**, sondern müssen uns an **Fakten und Zeugenaussagen** halten. Das ist nicht immer einfach, die Ergebnisse sind auch für uns **nicht immer befriedigend**. Wir sehen aber auch dann sehr genau hin, wenn Taten letztlich vor Gericht nicht als politisch motivierte Kriminalität gewertet werden.

...

### **Wie wird in Bremen entschieden, was als politisch motivierte Straftat gilt?**

Andreas Weber: Wenn Streifenpolizisten vermuten, eine Tat könnte rechts motiviert sein, **informieren sie den Staatsschutz in der Kriminalpolizei**. Auch das Bundeskriminalamt kann eingeschaltet werden. Der **Verfassungsschutz hat eine beratende Funktion**. Endgültig wird **erst vor Gericht entschieden**, welche Fälle als politisch motiviert gelten. Gegebenenfalls wird die Tat auch im Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechts (GAR) vorgestellt. Bundesweit **definieren feste Kriterien**, die über die Bundesinnenministerkonferenz abgestimmt sind, was als **rechts motivierte Gewalt** gilt.

### **Bundestagsabgeordnete fordern, die Polizei solle im Kampf gegen rechte Gewalt mehr mit Opferberatungsstellen zusammenarbeiten. Was geschieht in Bremen?**

Thomas Renken: Das ist in **Bremen bereits Realität**. Wir arbeiten zum Beispiel mit der mobilen Beratungsstelle **„Pro Aktiv gegen Rechts“** zusammen. Wir **treffen** uns mit den Beratern **regelmäßig** zum gegenseitigen Kompetenz- und Erfahrungsaustausch.

Andreas Weber, Direktor Kriminalpolizei/LKA Bremen, Tel. (0421) 362 0, [andreas.weber@polizei.bremen.de](mailto:andreas.weber@polizei.bremen.de)

Thomas Renken, KrimOR, Tel. (04 21) 362 3860, [Thomas.Renken@polizei.bremen.de](mailto:Thomas.Renken@polizei.bremen.de)  
Innenministerkonferenz, Geschäftsstelle, [mail-imk@bundesrat.de](mailto:mail-imk@bundesrat.de)